

U könnte gegen R einen Anspruch auf Zahlung der Behandlungskosten gem. §§ 280 I, 241 II BGB haben.

I. Schuldverhältnis

Dafür müsste zunächst ein Schuldverhältnis i.S.d § 280 BGB zwischen U und R bestehen. Dafür müssten zwischen den Parteien Leistungspflichten iSv § 241 I BGB existieren. Diese bestehen, wenn mindestens eine Partei von der anderen ein Tun oder Unterlassen verlangen kann. Das Schuldverhältnis besteht hier zwischen U und R durch den geschlossenen Kaufvertrag über die Zusatzteile für den Roller und in einem Werkvertrag bezüglich des Einbaus des Zubehörs.

Ein Schuldverhältnis ist somit gegeben.

II. Verletzung einer Pflicht aus dem Schuldverhältnis

Zudem müsste eine Pflichtverletzung gem. § 280 I BGB vorliegen. Eine Pflichtverletzung liegt vor, wenn der Schuldner von seinen Pflichten aus dem Schuldverhältnis abweicht. Eine derartige Abweichung liegt vor, wenn der Schuldner seine leistungsbezogene Pflicht nicht oder nicht ordnungsgemäß erbringt (§ 241 I BGB), oder wenn eine nichtleistungsbezogene Schutzpflicht verletzt wird (§ 241 II BGB). Unter einer Schutzpflicht nach § 241 II BGB versteht man die Pflicht, sich bei der Abwicklung des Schuldverhältnisses so zu verhalten, dass Körper, Leben, Eigentum und sonstige Rechtsgüter der anderen Vertragspartei nicht verletzt werden.

Indem R den Werkzeugkasten umgestoßen hat und dem U dadurch einen verletzten Fuß zufügte, wurde eine Schutzpflicht, auf den Körper der anderen Vertragspartei zu achten verletzt.

Damit ist eine Pflichtverletzung gegeben.

III. Vertretenmüssen des Schuldners

R müsste die Pflichtverletzung auch zu vertreten haben. Zu vertreten hat der Schuldner sowohl Vorsatz als auch Fahrlässigkeit, gem. § 276 I S.1 BGB. Gem. § 280 I 2 BGB wird das Vertretenmüssen vermutet. Es sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, die dem widersprechen. Damit hat R die Pflichtverletzung auch zu vertreten.

IV. Schaden

Des Weiteren müsste dem U durch die Pflichtverletzung ein kausaler Schaden entstanden sein. Durch die Verletzung ist dem U ein Schaden entstanden. Fraglich ist, ob dieser auch kausal auf die Pflichtverletzung zurückzuführen ist.

Kausal ist nach der conditio-sine-qua-non- Formel eine Handlung, wenn sie nicht hinweg gedacht werden kann, ohne dass der Erfolg in

seiner konkreten Gestalt entfielen.

Wäre es nicht zur Pflichtverletzung des R gekommen, hätte U keine Verletzung, also keinen Schaden erlitten.

Die Verletzung des U ist daher auf die Pflichtverletzung des R kausal zurückzuführen.

V. Ergebnis

U hat gegen R einen Anspruch auf Schadensersatz gem. §§ 280 I, 241 II BGB.

Gem. § 249 BGB hat R den U so zu stellen, als hätte er die relevante Pflichtverletzung nicht begangen, sich also ordnungsgemäß verhalten.